

Inserate werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Graf. Ad. Schlech, Postlieferant,
Dr. Gerber Jr. u. Breitkopf & Ede,
Otto Pichler, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
G. Wagner
in Posen.

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
L. Blasie, Hassenstein & Vogler J. C.,
G. J. Haube & Co., Invalidendank.

Berantwortlich für den
Inseratentheil:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Mr. 875

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonne und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 14. Dezember.

1894

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

5. Sitzung vom 13. Dezember, 12 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Die erste Statsberatung wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Böttcher (ln.): Wir werden den Etat unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß Alles bewilligt werden muß, was zur Leitung der Reichsgeschäfte und für eine verständige Entwicklung des Reichs notwendig ist, das aber auch mögliche Sparfamleit beobachtet wird. Im Einzelnen wird die Budgetkommission zu prüfen haben, ob nicht beim allgemeinen Pensionsfonds und Militäretat sparsamer verfahren werden kann. Wir stimmen mit dem Reichskanzler darin überein, daß wir im Martineetat die notwendigen Ausgaben bewilligen müssen, welche zu einem wirtschaftlichen Schutz des deutschen Unternehmungsgesetzes im Auslande erforderlich sind. Die Ausführungen des Reichskanzlers über die Kolonialpolitik waren sehr erfreulich. Recht Kulturstaat kann darauf verzichten, Kolonialpolitik zu treiben. (Rufe links: Amerika!) Amerika kolonisiert in seinem eigenen Lande. (Heiterkeit.) Ich habe nicht den Eindruck, daß Fürst Hohenlohe in der Kolonialpolitik zu Extravaganzen geneigt ist, aber sein warmes Eintreten dafür berührte sympathisch im Gegensatz zu der lauen Art seines Vorgängers. Die Anlehnewirtschaft darf auf keinen Fall fortgesetzt werden. Es bleiben nach der Reform der Börsensteuer immerhin 65—75 Millionen übrig, die aus Matrikularbeiträgen gedeckt werden müssen. Nicht alle Einzelstaaten sind aber in der glücklichen finanziellen Lage wie Preußen. Der Gedanke, daß ein festes finanzielles Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten hergestellt wird, wird weiter fortleben, auch das Centrum wird sich ihm auf die Dauer nicht verstellen können. Wenn man nicht mehr auf Matrikularbeiträge zurückgreifen kann, müssen für das Reich neue Einnahmen eingebracht werden. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, daß wir "Steuerfanatiker" wären. Die Mehrlasten dürfen nicht durch Erhöhung der Einkommensteuer in den Einzelstaaten aufgebracht werden, denn diese belastet den Mittelstand. Uns kann nur daran liegen, den Mittelstand zu stärken. Die alten Bünde können nicht wiederbelebt werden, aber eine Zusammenfassung des Handwerks wird ein wesentliches Mittel zur Kräftigung des Handwerks sein. Wir unterstützen die Befreiungen des Reichskanzlers und Schatzsekretärs auf Erhaltung eines gesunden Bauernstandes. Vorschläge, die zur Hebung des Preßstandes des Getreides dienen können, sind nicht a priori von der Hand zu weisen. Es war eine Nebentreibung, wenn Abg. Richter behauptete, man verbreite die Ansicht von der Allgewalt des Staates. Wenn der Staat auch nicht alles bewirken kann, das sollte doch heute niemand leugnen, daß der Staat helfend einwirken kann und muß. Es ist bedauerlich, daß die Sozialdemokraten den Segen der Sozialgesetzgebung so wenig anerkannt haben, sondern die Gegenseite immer mehr schützen. Die planmäßige Schürung des Hasses ist allerdings vom Standpunkt der Sozialdemokratie begreiflich. Hat man nicht in Frankfurt a. M. über den Pleißbürger mit Entsegen gesprochen, der sich mühsam herausgearbeitet hat und nun zugesetzt ist, und seinen Kollegen rät, das Gleiche zu thun? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten sind dauernd nur zu überwinden durch eine Gefundung von innen heraus. Dazu muß allerdings eine Einwirkung vor außen kommen. In dieser Beziehung stimmen wir mit den Konservativen überein, obgleich wir sonst ihnen auf freiheitlichem Gebiet entgegenstehen. Ich hätte gewünscht, daß Freiherr v. Manteuffel das Schulgesetz hier nicht verübt hätte. Einer Partei, die alles thut, die bestehende Gesellschaft umzustürzen, noch die politischen Freiheiten zu lassen, ihre Lehren zu verbreiten, wäre gründverkehrt. Das Auftreten Liebknechts begreift ich als Pflichterfüllung von seinem sozialdemokratischen Gewissen aus, aber es war eine scharfe Kriegserklärung gegen die Weltanschauung aller anderen Parteien. Der revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie ist so recht auf dem Parteitag in Frankfurt a. M. hervorgetreten, wo der ehrliche Doktrinarismus des Abg. Bebel dem praktischen Revolutionarismus des Abg. v. Böllmer unterlag. Der Abg. Richter warnte vor dem Staatsstreich von oben. Es ist allerdings zu bedauern, daß man jetzt so gelassen über Staatsstreich zu spricht. Der Grund liegt darin, daß die Zerrissenheit der Parteien draußen im Volke zuerst eine Gleichgültigkeit und dann eine Abneigung gegen den Reichstag erweckt hat, die nachher einen dankbaren Boden für derartige Staatsstreichgedanken giebt. Von diesem Standpunkte aus freue ich mich über die Aenderung in dem Regierungszustande. Die Regierung hat eingesehen, daß es mit dem Spiele mit den Parteien nicht mehr so geht und daß sie einen festen Boden braucht. Die Regierung muß die führende Rolle übernehmen, sonst geht Alles auseinander, wie wir es jetzt erlebt haben. Was die Regierung thun wird, müssen wir ja abwarten. Aber schon die Ansicht, zu einem festen Zustande zu kommen, müssen wir mit Freuden begrüßen. Jeder, der es mit dem Vaterlande gut meint, wird der Regierung dabei helfen. (Beifall.)

Abg. Bauer (Deutsch. Volkspt.): Drei Aufgaben sind dem Staaate in der Thronrede gestellt worden: die Erweiterung des Strafgesetzbuches, ein neues Steuergesetz und der Schutz der schwächeren Klassen, um dieselben zu einer höheren wirtschaftlichen Entwicklung zu bringen. Aber die Leiter der verbündeten Regierungen sind bei diesen Aufgaben nicht gleichmäßig verfahren. Die Erweiterung des Strafgesetzbuches haben wir bereits in der Hand, das Steuergesetz kennen wir dem Inhalte nach, was aber den dritten Punkt betrifft, so kann aus der Thronrede darüber nichts gefolgert werden, und der Reichskanzler hat auch keine Auflösung gegeben. Das Steuergesetz ist geeignet, gerade in umgekehrter Richtung zu wirken, da eine wirtschaftliche Verbesserung der Lage der unteren Klassen durch dasselbe nicht herbeigeführt werden kann. Das Börsengesetz, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und über die Entschädigung unschuldig Verurteilter stehen in ganz losem Zusammenhang mit der vornehmsten Aufgabe des Staates, die Schwachen zu schützen. (Sehr richtig! links.) So ist es nicht wunderbar, daß die Zusicherungen in der

Thronrede ohne jeden Widerhall im Herzen der Bevölkerung geblieben sind, und daß man sich nur ganz salbstig mit den materiellen Dingen, besonders mit der neuen Steuer, beschäftigt. Es wird sich auch Niemand dem Eindruck entziehen können, daß für die Finanzreform nur eine flache Stimmung herrscht, obwohl der Schatzsekretär mit Nachdruck auf den Absolutismus der Matrikularbeiträge gegenüber unseren freiheitsburgtigen Bestrebungen hingewiesen hat. Die Ausführungen des Abg. Bachem haben in mir die Hoffnung erweckt, daß das emtige Studium des Etats zu dem Ergebnis führen wird, daß neue Steuern nicht notwendig sind. Gegegen ist, daß der Etat sehr vorsichtig aufgestellt ist, daß die Ausgaben außerordentlich hoch, die Einnahmen außerordentlich niedrig angezeigt sind. Auch hat das frühere Vorjahr plötzlich der Baarzahlung Platz gemacht. (Sehr gut! links.) Wir müssen in der Vorsicht noch viel weiter gehen, und es soweit bringen, daß wir überhaupt ohne Erhöhung der Ausgaben, besonders aber ohne weitere Steuern, auskommen. Die Tabaksteuer scheint mir namentlich in einer Beziehung sehr bedenklich: sie ist nach ihrer ganzen technischen Veranlagung außerordentlich leicht der Steigerung fähig. Das ist bedenklich schon nach dem Grundsatz: führe uns nicht in Versuchung. (Sehr richtig! links.) Die Landwirtschaft zögert nicht, vom Staate Schutz für das zu verlangen, was durch Naturereignisse in der ganzen Welt herbeigeführt ist, während man der Tabak-Industrie, die doch auch ein volkswirtschaftlich wichtiger Erwerbszweig ist, nicht einmal den Gefallen thut, daß man sie einfach, ihrem Wunsch entsprechend, überhaupt in Ruhe läßt. Schon um diese Unruhigkeit zu vermeiden, werden wir die Steuer auf jeden Fall ablehnen. Der Schatzsekretär malte ein sehr düsteres Bild, indem er befürchtete, daß, wenn die Finanzreform nicht zu Stande käme, die Einzelstaaten eine unerschwinglich hohe Einkommensteuer erheben müßten. Eine Einkommensteuer wäre mir lieber, als indirekte Steuern, und der Gedanke ist doch nicht so ganz von der Hand zu weisen, daß die Ausgaben für die Militärvorlage auf die Schultern derjenigen gewälzt werden, durch deren Hilfe sie zu Stande gekommen sind. (Sehr wahr! links.) Die Sparfamilie des Staates geht noch nicht weit genug. Es werden 9 Millionen für einen Truppenübungsplatz in Württemberg gefordert. Ich zweifle nicht, daß ein großer Platz für militärische Zwecke recht dienlich sein kann, ja es wäre vielleicht noch besser für militärische Zwecke, wenn das ganze Land dafür zur Verfügung gestellt würde (Heiterkeit), aber wenn man schon ohne solche Übungssätze nicht auskommen kann, dann sollte man sie doch dort anlegen, wo der Grunderwerb etwas billiger ist. Der Anlauf eines so ungeheuer großen Platzes für militärische Zwecke zeigt auch wenig Rücksicht auf die Bevölkerung, denn er erhöht die Ansässigmachung kleiner Leute und begünstigt dadurch die Auswanderung. Wenn wirklich der Schutz des deutschen Handels es notwendig macht, daß man Kriegsschiffe von der Art dieser Kreuzer in überseeischen Gewässern hält, so kann ich auch nur über die deutsche Handelspolitik mein tiefstes Bedauern aussprechen. Ich würde es für die unglücklichste Entwicklung unserer Zustände halten, wenn der Reichskanzler wirklich die mit so großer Energie gegenüber seinem Vorgänger vertretenen Kolonialpolitik mit ebensolcher Energie durchführt. Er hätte im Innern des Reiches zur Verhüttung seiner Energie dankbare Aufgaben genug. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn aber diese Ausgaben wirklich notwendig sein sollten, dann hat man uns in den letzten Jahren in unserer ganzen Marinenentwicklung irre geführt, dann hätten wir nicht Panzer- und Schlachtschiffe bauen dürfen. (Lebhafte Zustimmung links.) Man hat den Eindruck, als wenn man sich im Marineamt sagt, die Aenderung macht Blöß. Eben hat man es versucht mit großen Panzerschiffen, jetzt versuchen wir es mit kleinen Kreuzern, die zum Schutz des deutschen Handels dienen sollen. Geht nicht auf einem Boot, so geht doch auf dem andern. (Zustimmung und Heiterkeit.) Überhaupt hat eine deutsche Regierung selten mit einem so geringen Maß von Vertrauen begonnen, wie die gegenwärtige. Sie wird sich doch allmählich darüber klar werden müssen, daß nicht das Vertrauen des Herrschers allein eine Regierung stützen und tragen kann, sondern das Vertrauen der Bevölkerung ebenso wichtig ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Ein Programm ist uns eigentlich nicht gegeben, man hat uns erklärt, daß man theilweise das Programm des Vorgängers übernommen habe. Das ist doch nicht geeignet, besonderes Vertrauen zu erwecken. Die Herren verichern, daß sie die besten Absichten haben. Wer wollte das bestreiten? Aber mit dem guten Glauben an die guten Absichten ist das Vertrauen in die Gründe und Energie einer Regierung nicht errungen. Dies Vertrauen kann erst eintreten, wenn wir Klarheit über die Ziele der neuen Regierung und die Wege zu den Zielen haben. Woher sollen wir das aber nehmen? Bei dem Regierungswchsel besetzte alle das dumpe Gefühl, daß weder die Lage des Reiches noch die der Einzelstaaten sich verbessert habe. Die im provisorische, ich will sagen, übergehende Entlassung des Grafen Caprlvi hat ebenso wenig wie die Vorgänge außerhalb dieses Hauses Demanden mit besonderer Zuversicht erfüllen können. An dem neuen Reichstage habe ich noch ganz anderes vermitzt als Abg. Bachem. Bei den Abbildungen des neuen Hauses von Künstlerhand, die uns zur vorläufigen Information ins Haus geschickt wurden, haben wir am Hauptportal die Inschrift gefunden: "Dem deutschen Volke". Als ich hierher kam, habe ich die Inschrift nicht gefunden, und ich zerbreche mir seither den Kopf, was das eigentlich zu bedeuten hat, da doch die Tafel für die Inschrift so schön hergerichtet ist. Man kann zwar sagen, die verehrten Herren vom Bundesrat wohnen auch in diesem Hause. Man könnte ja auch eine Inschrift anbringen: "Dem deutschen Volke und seinem Leben Bundesrat". (Sturmische Heiterkeit.) Die Herren können sich an der Inschrift nicht stoßen, denn für den deutschen Bundesrat hat es nichts Beschämendes, wenn er in einem Hause, das dem deutschen Volke gehört, verkehrt. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Haus gehört einmal dem deutschen Volke und es wird ihm bleiben, ob man ihm die Inschrift vorenthalten oder nicht. Wer ange-

Inserate, die lediglich eine Petition über deren Raum
in der Morgenaugabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagaugabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entweder oben, werden in der Expedition für die
Mittagaugabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenaugabe bis 5 Uhr Nachmittag, angenommen.

Berantwortlich für den
Inseratentheil:

W. Braun
in Posen.

Fernsprecher: Nr. 102.

(Hetterkeit.) Herr v. Monteußel zählte erst eine lange Liste der Verdienste der konservativen Partei um die Reichsregierung auf. Dann kam aber auch eine lange Liste von Wünschen an die Regierung. Man gewinnt den Eindruck, als wenn es heile: Vertrauen haben wir, aber wir wollen doch vorher als praktische Männer die Frage der Münztafel ins Reine bringen. (Hetterkeit.) In der Weise darf das Centrum allerdings nicht verfahren, denn es weiß, daß es sich in Uebereinstimmung mit seinen Wählern befinden muß. Das Ministerium sollte eine gewisse unbedingte Selbstständigkeit gegen die Agrarier zeigen. Wird man sie vom neuen Reichskanzler erwarten dürfen? Bei der Umsturzvorlage wird für die Regierung nichts herauskommen, es werden wohl gewisse Bestimmungen gegen anarchistische Unschäden angenommen werden, aber der Theil, der geeignet ist, die freie Meinungsäußerung aller Parteien zu beschränken, hat keine Aussicht auf Annahme. Man hat nicht gerade den günstigsten Zeitpunkt zur Einbringung der Vorlage gewählt, man geht mit derselben nur Wasser auf die Mühle der Sozialdemokraten, und denjenigen Parteien, welche die Sozialdemokraten bekämpfen, macht man im Wege der Gesetzgebung ihre Waffen stumpf. (Sehr richtig!) Es wäre besser gewesen, man hätte sich im gegenwärtigen Augenblick auf das Reichswichtigste beschränkt, nicht aber Fragen in den Vorberatungen gehoben, die Verwirrung hereinbringen können, z. B. die Frage des Schutzes der Landwirtschaft. Wir, die wir auch landwirtschaftliche Kreise vertreten und die Schmerzen der Landwirtschaft kennen, sind auch gewillt zu helfen. Wir wollen auch, daß von der Regierung Schritte dazu geschehen, aber es ist nicht nützlich, wenn man Schritte in Aussicht stellt und die Wege nicht näher bezeichnet. Der Reichskanzler hätte es schon jetzt leicht gehabt, sich eine recht günstige Position zu schaffen, wenn er sich die Zeit nähme, sein Programm zu entwickeln und nach Befragung der verbündeten Regierungen die Umsturzvorlage und das neue Steuergesetz zurückziehen würde, indem er sich bemühte, im Einverständnis mit der Budgetkommission möglichst große Sharpantett im Etat zu üben. Denn er wird die Steuer- und Umsturzvorlage nicht so zurückhalten, wie er sie eingebracht hat. Der Reichskanzler würde bei dieser Tatsit einen schönen Lohn finden. Wager und rascher könnte er im gegenwärtigen Augenblick zu unbedingtem Vertrauen und Popularität im Deutschen Reiche nicht kommen. (Lebhafte Beifall links.)

Ahrg. Zimmermann (Antts.): Der Rücktritt des Grafen Caprivi ist in nationalen Kreisen mit einem Gefühl der Erleichterung empfunden worden. Als Fürst Bismarck zurücktrat, bemerkte der „Frei. Ztg.“, daß die Börse nur mit einem geringen Kursrückgang von diesem Rücktritt Notiz genommen habe. Da möchte ich daran erinnern, daß beim Rücktritt des Grafen Caprivi eine Erhöhung der Kurse eintrat. Mit Freude ist zu begrüßen, daß der neue Reichskanzler warm für die Kolonien eingetreten ist. Um den Mittelsstand zu heben, bedarf namentlich das Handwerk einer Organisation. Der Börse muß mehr auf die Finger gesehen werden. Ihre Macht ist ja noch sehr groß, das zeigt sich ja die Vorgänge bei der Wahl zum Altestenkollegium der Kaufmannschaft in Berlin, wo die Herren Mendelsohn und Frenzel nicht wiedergewählt wurden, weil sie in ihren Börsenreformvorschlägen etwas durchgreifender waren. Die Um fürz vorlage entspricht durchaus nicht laut geäußerten Wünschen der Bevölkerung, nur die offizielle Presse hat sich dafür warm ausgesprochen. Einzelne sind in der Vorlage wohl annehmbar, andere aber ganz unannehmbar. Es wird hingewiesen auf die Gefährdung des Friedens in manchen Gegenden. Hat man dabei auch an die Friedensgefährdungen seitens der Juden gedacht, wie sie z. B. in Schlobau/Platau vorgekommen sind? Die Tabaksteuer ist nicht geeignet, die Zusiedeltheit zu erhöhen, zumal sie viele Arbeiter brotlos macht. Anstatt tausende Arbeiter arbeitslos zu machen, sollte man an eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit denken; aber die Voraussetzung dafür ist die gänzliche Umgestaltung der bisherigen Versicherungsgezeuge und zwar nach der Richtung daß eine einzige Versicherungsanstalt geschaffen wird. Das wäre freilich ohne eine Reichseininkommensteuer nicht durchzuführen. Verwahrung muß sich gegen die Ausführung des Frhrn. v. Stumm einlegen, daß ein Mann, wie Vic. Weber, der von den lautersten Beweggründen sich leiten läßt, auf eine Stufe gestellt werde mit sozialdemokratischen Agitatoren. Redner bringt darauf einige spezielle Beschwerdepunkte vor, so insbesondere die Verfolgung von Zeitungen außerhalb ihres Erscheinungsortes sowie die Entscheidungen der Gerichte in Klagen wegen Beleidigung der jüdischen Religion. Die Tagespresse hat sofort sich bemüht, den neuen Reichskanzler in die Interessen des Judentums zu ziehen. Gegenüber den schönen Worten, die dem Mittelsstand hier gewidmet sind, warten wir auf Thaten. Wir sehen der neuen Regierung mit Vertrauen entgegen. Wenn sie dem Boykottunwesen, wie es von sozialdemokratischer und jüdischer Seite geübt wird, entgegentritt, dann wird auch das Vertrauen in weite Kreise des deutschen Volkes um so mehr zurückkehren. Wir werden unsererseits den neuen Bahnlinien folgen, von denen wir erwarten, daß sie zuerst zum Ausdruck bringen, einmal nach außen hin daß Selbstgefühl des deutschen Volkes, daß das deutsche Volk nichts fürchtet als Gott, sodann nach innen, daß es nicht die goldene Internationale fürchtet.

Nunmehr wird die Debatte geschlossen.
Abg. Bebel (Soz.) konstatiert zur Geschäftsordnung, daß, nachdem Dr. Böttiger die heftigsten Angriffe gegen seine Partei gerichtet habe, die Mehrheit des Hauses für gut besunden habe, ihm das Wort abzuschnüren.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) bemerkte persönlich, er habe Vc. Weher nicht dem gefährlichsten sozialdemokratischen Agitator an die Seite gestellt, er halte ihn nur für einen gefährlichen Agitator.

In üblicher Weise werden hierauf entsprechend einem Antrage aller Parteien die wichtigsten Theile des Etats der Budgetkommision übersehen.

Präsident v. Levetzow schlägt nunmehr vor, die nächste Sitzung Freitag um 1 Uhr abzuhalten, weil mehrere Abgeordnete und Bundesratsmitglieder den Wunsch ausgesprochen hätten, an der Feierlichkeit zu Ehren des verstorbenen Helmholz teilzunehmen. Für die Tagesordnung der nächsten Sitzung schlägt der Präsident die erste Berathung der Umrüstsitzung vor. Nach längerer Geschäftsausordnungsdebatte, in der die Abga. Graf Hompesch (Ctr.), Schmidt-Elberfeld (Fret. Bpt.) und Bebel (Soz.) dafür eintreten, daß zunächst die eingelaufenen Interpellationen berathen werden, wird folgende zweite vom Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien und des Gross der Nationalliberalen genehmigt: Antrag Schmid-Ehni, betreffend Priorität der Initiativanträge Interpellationen, betreffend Änderung des Budgets, neu ergegenes und betreffend Handwerker- und Gewerbelemmern.

Fber am m e
Gesetz 4 Uhr

Deutschland.

△ Berlin, 13. Dez. [Aus dem Reichstage.] Der dritte und letzte Tag der Etatsdebatte verlief nicht besonders aufregend, obwohl die drei Reden, die man zu hören bekam, kräftig genug einzeln waren. Es fehlte im Hause jene Stimmung, die voller Kampfesfreude bereit ist, aus gegnerische Ausführungen sofort zu

reagieren. In den Parteien hat man durchweg das Gefühl, die Aufklärung über die politische Lage, insoweit sie durch die Staatsdebatten gebracht werden kann, tatsächlich schon geliefert worden ist. Was noch an Reden nachkommen könnte, das vermöchte das Bild der augenblicklichen Situation wohl in Einzelheiten zu vervollständigen, aber neue Züge liefert es nicht mehr. Auch wird das Ergebnis der Verhandlungen selber zur Verbreitung einer gewissen mittleren Temperatur. Man kann nicht anders, als finden, daß eine Art von gemeinsamer Grundstimmung die Parteien von der Frechten bis zu den Nationalliberalen, daß Centru mit eingeschlossen, zu erfüllen beginnt. Es wäre gewiß übertrieben, aus dieser vorläufigen Thatsache zu schließen, daß die praktische politische Tagesarbeit auch nur für kürzere Zeit ruhe und Form von den Absichten verträglicher Geltung erhalten werde, und wenn vereinzelt gar schon von einem neuen konfessionell-national liberal-ultramontanen Kartell geredet wird, ist über solche Phantasien kein Wort weiter zu verlieren. Aber richtig bleibt gleichwohl, daß jede der genannten Parteien dem neuen System ein ziemlich umfangreiches Maß von Vertrauen entgegenbringt, und mehr als dies läßt sich von der Staatsdebatte, wenn man sie kritisch überblättert, auch nicht sagen. Die entsprechend freundlichen Zugaben des Fürsten Hohenlohe, die sich an jede Seite des ungeschriebenen dreigleidigen „Kartells“ gerichtet haben, vervollständigen eben nur den Eindruck, daß dort wie hier, in der Regierung wie in den drei Parteien, eine Verständigung an gestreb't wird, ohne daßemand sagen könnte, wie sie sich tatsächlich ausnehmen müßte. Die Konservativen wollen keine Beeinflussung ihrer sehr ff einseitigen Politik durch das sündende Nationalliberale Möglung. Die Nationalliberalen werden sie gegebenenfalls dagegen verwahnen, daß sie die Regierung unterstützen, ohne angemessen berücksichtigt zu werden. Das Centrum endlich will ganz einfach Centrumpolitik und weder ostelbische noch mittelparteistische treiben. Die verbindlichen Erklärungen, mit denen die Redner aller dieser Parteien den neuen Männern entgegenkommen sind, lassen nach Alledem mitten in ihrer Wärme zugleich einen Frostehauch verhüren. Wenn heute der Abg. Böttcher Namens der Nationalliberalen den Kampf gegen die Sozialdemokratie öffnete, so schwingen bei seinen Aussführungen ganz erhebliche Töne mit, als wenn er einen Schlag in die Menge getanzt.

andere Töne mit, als wenn etwa Frhr. v. Manteuffel dasselbe Thema behandelt. Es sind denn doch verschiedene Welten, in denen sich Richtungen bewegen, die zwar in der Allgemeinheit als verwandt ausgetragen werden können, die aber auf Schritt und Tritt in den praktischen Politik ihre Gegensätze herauslecken. Der Abg. Böttcher hat beispielsweise nichts dagegen, daß das religiöse Empfinden geprägt werde; wie sollte er auch? Aber die Heranziehung des bedürftigen Schulgesetzes durch den Abg. v. Manteuffel hat ihm stark missfallen, und dies ist erst recht begreiflich. Thut sich so eine Differenz zwischen Konservativen und Nationalliberalen an einem sehr wichtigen Punkte möglicher fernerer Entwickelungen auf, so ist wieder ein besonders starker Gegensatz zwischen Konservativen und Nationalliberalen auf der einen, dem Zentrum auf der anderen Seite in Bezug auf die Reichsfinanzfrage vorhanden. Das Zentrum will durchaus nichts von einer Erhöhung der Reichseinnahmen wissen, und die ausschlaggebende Partei, die voreiligerweise schon als Stütze der neuen Regierung ausgegeben wird, beruft sich an diesem, schließlich doch entscheidenden Punkte mit den Parteien der Linken. Es wird sich zeigen, daß genau dasselbe bei der Umsturzvorlage der Fall sein wird. Allerdings steht zu erwarten, daß die Wirkung des voraussichtlichen Verhaltens der Ultramontanen nicht in ausgesprochen krassem Formen zu Tage treten wird. Direkt konfliktselig oder auch nur oppositionell führt die Ultramontanen ganz gewiß nicht, und da wenigstens der neue Reichskanzler Fürst Hohenlohe das erste auch nicht in, so spricht die Wahrscheinlichkeit noch immer dafür, daß von der Umsturzvorlage ein paar unbedeutliche Paragraphen durchgehen werden, daß andere bede-

licher ausschende, unschädlich gemacht werden, und daß der Rest unter den Tisch fällt. Der Abg. Böttcher wird übrigens schwerlich seine gesammten Bartelsfreunde für seine Erklärungen zum Umsturz

eine gesammelten Parteifreunde für seine Erklärungen zum Umsturzgesetz verpflichten wollen. Man könnte aus seiner Rede heraus hören, daß seine Partei, vorbehaltlich Verbesserungen, den Entwurf im Wesentlichen annehmen werde. Aber es steht fest, daß das wenigstens in Bezug auf die Preßparagraphen der Vorlage nicht geschehen wird, und somit gilt auch von dieser Rede, was von der Staatsdebatte im Ganzen gesagt werden kann: die nüchterne Arbeit in den Kommissionen und in den Haftlingsitzungen wird sehr Vieles von den Allgemeinheiten besetzen, in denen sich solche Unterhaltungen über Alles und jedes wie die der letzten Tage zu bewegen pflegen. Die Rede des Abgeordneten Bäyer verfehlte das Haus in jene behagliche Stimmung, die der gefest- und temperamentvolle, schon durch seinen unverfälschten schwäbischen Dialekt anheimelnd berührende Volksparteier regelmäßig erzeugt. Auch die Gegner, denen er das Schärfste zu sagen pflegt, können ihm nicht gram sein. Dr. Abg. Bäyer machte ein paar gute Bemerkungen über das Fehlen der Inschrift "Dem deutschen Volke" am Hauptportal des Reichstagspalastes und einige noch bessere über die Sonderbarkeiten, mit denen die Größerung des neuen Reichstags behaftet gewesen ist. Aber was helfen solche nachträglichen, nur allzu berechtigten Berichtigungen, wenn in jedem gegebenen Augenblick wiederum genau so verfahren wird, wie in dem gerügtigen Falle? Wenn der Reichstag sich gegen das bürokratisch-höfische Element durch

sehen und, nicht etwa die Gleichberechtigung, sondern die ihm gehörende Vorzugsstellung erwerben soll, dann muß er eben das Seinige dazu ihm. Wird nur hinterher ein Weniges, bald ärgerlich, bald mit humoristischer Selbstverschlag, über die erlittene Verhandlung geredet, so ist es gerade so, als wenn gar nicht geredet worden wäre. Das Reden allein macht es nicht. Vom Herrn Bimmermann, dem letzten Staatsredner, ist nichts weiter zu bemerken, als daß er sprach. Die Rölen verzeichneten auf die

vemelten, als das er sprach. Die Freunde verzögerten auf die Theilnahme an der Debatte, und dies ist bezeichnend. Die Herren haben immer nur ein Rebededürfnis, wenn sie etwas Bestimmtes erfahren wollen, was ihrer Sache nützen oder schaden könne.

Elos um politische Programme zu entwickeln, dazu geben sie sich nicht h. Sie scheltern mit der eingetreteten Wendung nicht gerade unzufrieden zu sein, und es muss darauf aufmerksam gemacht werden, daß von der kräftigen Bewegung gegen die Polenpolitik des früheren Kurses jetzt, wo dieser Kurs aufgehört hat, nirgends mehr etwas zu veripüren ist, obwohl sich an der Polenpolitik selber offenbar nicht das Geringste geändert hat.

Den Vorst^s führte, da Abg. Singer denselben für diese Sitzung abgelehnt hätte, der stellvertretende Vorst^sende Abg. v. Kehler (Ctr.). Referent Abg. Amtesrichter Roth Melschel (nat.-lib.) rückte

Referent Abg. Amtsg. rich. Brath Bieschel (nat.-lib.) rügt vor Allem den Vorgang im Reichstag als eine grobe Taktlosigkeit und konstatiert, daß Niemand die Absicht haben kann, den Vorgang zu benutzen, um eine politische Heuscheit herbeizuführen dadurch daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gezwungen werden Ehrenbezeugungen zu erbringen. Redner fährt dann fort: "Aus der Entstehungsgeschichte des Verfassungartikels läßt sich nicht herleiten ob derselbe nur an mündliche Neuformulierungen gedacht hat. Aber für Kurlsten kann es keinem Zweck unterliegen daß Meinungs-

äußerungen auch durch konkubente Handlungen sich vollziehen. Auch für Richterstühlen kann ein begründeter Zweifel kaum vorhanden sein. Ebenso untersteht es seinem Zweifel, daß die betreffenden Abgeordneten, da es sich um Handlungen in Folge der Aufforderung des Präsidenten handelt, in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Reichstags, also in ihrem Beruf, gehandelt haben. Die Auffassung, daß Artikel 30 nicht Anwendung finden könne, wenn eine strafbare Neuerzung vorliege, ist seiner Zeit im Abgeordnetenhaus mit Hinterkeit aufgenommen und fast einstimmig abgelehnt. Es muß ja stets eine strafbare Handlung in medio sein; sonst wäre der ganze Artikel 30 zwecklos. Ich halte mich an das Prinzip, daß die Handlungsweise des in Frage stehenden Abgeordneten unter die absolute Freiheit der Meinungsäußerung in Ausübung des Berufs fällt. Es liege ein Fall vor, den der Reichstag selbst zu erledigen hat mittelst seiner eigenen Strafjustiz. Dem Staatsanwalt gegenüber muß betont werden: bis hierher und nicht weiter über die Schwelle des Hauses. Als administrativer Grund kommt noch hinzu, daß es mir fast nicht zweifelhaft erscheint, schon das erste Gericht, noch wahrscheinlicher aber das Reichsgericht, würde zu einer Freisprechung kommen gegenüber einer Anklage in diesem Fall. Nun weiter. Das Korrelat zu dem Ausschließen der Strafrechtsfrage ist die Disziplinarherrschaft des Hauses selbst, wie es in der Verfassung zum Ausdruck gelangt ist. Wenn die Sozialdemokratie die Würde des Reichstages anruft, so müssen wir auch nothwendig demjenigen Ausdruck gedenken, was wir unter Würde verstehen. Die Sozialdemokraten sind dafür verantwortlich, wenn im Ansehen des Volkes die Würde des Reichstages herabgemindert wird. Wir müssen die rudimentären Kleime der Verfassung in Bezug auf die Disziplinarherrschaft ausbauen und dem Präsidenten des Reichstages selbst ein größeres Disziplinarrecht zugesetzen. Ich beantrage also Ablehnung des Antrages der Staatsanwaltschaft und zweitens eine Resolution in dem Sinne, daß die Disziplinarherrschaft des Präsidiums und des Plenums des Reichstages, letzteres als Appellinstanz, in sachgemäßer Weise verkörpert wird.

Korreferent Oberlandesgerichtsrath Abg. Roeren (Centrum) stimmt mit dem Referenten überein in dem Antrag auf Ablehnung des Antrags der Staatsanwaltschaft, aber nicht in der Empfehlung einer Resolution auf Änderung der Geschäftsordnung. Ob der Thatbestand sonst eine Majoritätsbeleidigung darstellt, geht uns als Reichstag nichts an. Alle Strafrechtslehrer und Strafrechtskommentatoren — ich nenne nur Binding, Olshausen, Oppenhoff — halten nur es für selbstverständlich, daß unter Aeußerungen nicht bloß mündliche, sondern auch pantomische Aeußerungen zu verstehen sind. Der Ausdruck „Aeußerungen“ aber ist statt „Meinungen“ in die Reichsverfassung gelangt, um die Haarhalterei gegenüber dem preußischen Verfassungsartikel auszuschließen. In Anbetracht des Ansehens des Reichstags und zur Wahrung der konstitutionellen Freiheit muß hervorgehoben werden, daß Art. 30 Platz greift. Findet es sich, daß Ungeahrlichkeiten im Reichstag nicht genügend geahndet werden können, so mag man neue Bestimmungen über die Disziplinargewalt des Reichstags treffen. Aber der erste Versuch einer Staatsanwaltschaft, uns in unserer parlamentarischen Tätigkeit zu überwachen, muß energisch zurückgewiesen werden. Die Verbindung mit einer Resolution über die Reform der Geschäftsordnung könnte ausgelegt werden, als ob wir das Vorgehen des Staatsanwalts, wenn auch nicht formell, so doch an sich für gerechtfertigt erachten. Das Vorgehen des Staatsanwalts würde dann gewissermaßen doch einen Erfolg erzielt haben.

Abg. v. Holleufer (freikons.) hält die vom Referenten beantragte Resolution nicht für angezeigt, weil der Reichstag der Geschäftsbordnungskommission in dieser Richtung keinen Auftrag gegeben hat.

Abg. Traeger (Freis. Volksp.) stimmt unbedingt dem Korreferenten Roeren zu. Der Antrag hat die öffentliche Meinung erregt und ist in der Presse fast aller Partien gemäßigt worden. Sehr unglücklich waren die Begleitung und der Vorpann des Antrags durch die "Nordd. Allg. Sta." Mag dieser Artikel wegen seiner Unredlichkeit und der gefälschten Zitate nicht für offiziös gelten, so ist unzweifelhaft offiziös die in der "Berl. Korresp." des Ministeriums des Innern fundgegebene Drohung, bei Ablehnung des Antrags Verfassungsgerichtlegen geleglich zu beschränken. Darum heißt es: hic tua res agitur — hier handelt es sich um einen Angriff auf den Reichstag und seine Vertreter, an dessen Abwehr alle Parteien beteiligt sind. Redner spricht sich auch dagegen aus, den Gegenstand mit einer Resolution zu verquidern.

Abg. Singer (Soz.): Ich konstatiere mit Genugthuung, daß abgesehen von den Vertretern der konservativen Parteien, die sich grundsätzlich auf alle Anträge wegen Majestätsbeleidigung einlassen wollen, man entschlossen ist, das Recht der Abgeordneten zu wahren, und ebenso die Handlungen den mündlichen Aeußerungen in Art. 30 gleichstellt. Gegenüber der Ankündigung der "Verl. Korr." aus dem Ministerium des Innern und der Erklärung der "Kreuzztg.", welche es als nobile officium des Staatsanwalts betrachtet, den Abg. Liebknecht nach Ablauf der Session zu verfolgen, muß die Ablehnung ausdrücklich unter Berufung auf Artikel 31 begründet werden.

Graf Mirbach (konf.): Wir sind vollständig berechtigt, unter Berufung auf Artikel 31 die Verfolgung zu versagen; aber wir sind der Ansicht, daß unter allen Umständen in einem solchen Falle dem Verfahren des Staatsanwalts nach Ablauf der Session freier Lauf einzuräumen ist. Es empfiehlt sich nicht, diesen Fall, wie der Referent will, mit einer Resolution über die Erweiterung der

Abg. Caglielotti (Bole): Im Namen sämtlicher Fraktionen erkläre ich, daß wir das Verhalten des Abg. Liebknecht in der Sitzung auf das entschiedenste verurtheilen, dagegen dem Antrag nicht zustimmen können, weil er mit dem Wortlaut der Ver-

Abg. Gamper (freikons.) meint, der Staatsanwalt hätte auf Grund der Verfassung unmittelbar nach der That die Strafverfolgung übernehmen können. Die Sozialdemokratie müßte selbst ein Interesse daran haben, diese Frage rechtlich zum Abschluß zu bringen vor dem ordentlichen Richter. Wir nehmen an, daß der Reichskanzler und die Reichsjustizverwaltung mit dem Antrag des Staats-

Korreferent Abg. Röre erinnert daran, daß im Jahre 1879 der damalige angegebene Führer der Konservativen v. Hellendorf-Bedra ausdrücklich hervorgehoben habe, daß der Reichstag sein eigenes Strafrecht nicht aus der Hand geben dürfe, wenn im Reichstage Exzesse des Anstandes, des richtigen Gefühls oder Majestätsbeleidigungen Platz greifen. Die heutigen Reden der Konservativen stellen sich in Widerspruch mit den Ausführungen dieses hervorragenden Parteifreundes.

Referent Abg. Bieschel zieht seinen Antrag auf Einbringung einer Resolution zur Revision der Disziplinarbefugnisse in der Geschäftsordnung zurück.

Bei der Abstimmung stimmen für den Antrag der Staatsanwaltschaft, die Verfolgung des Abg. Liebknecht während der Session zu gestatten, nur die beiden konservativen Vertreter, Graf Mirbach, v. Manteuffel und die beiden freikonservativen Vertreter Bamm

und v. Holleffer. Demgemäß wird die Verfolgung des Abg. Liebknecht mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Abg. Pischel wird mit dem mündlichen Bericht beauftragt; derselbe soll zugleich aus dem Protokoll konstatiren, daß für die Mehrheit bei der Ablehnung auch die Verfassungsbartikel 30 u. 27 in Betreff der Immunität der Reichstagsabgeordneten maßgebend waren.

L. C. Nach den heutigen Beschlüssen des Reichstages wird die erste Lesung der Nummernvorlage vor Weihnachten nicht mehr stattfinden. Der Antrag der Konservativen und Nationalliberalen, die Vorlage morgen auf die Tagesordnung zu legen, wurde abgelehnt, vor Allem deshalb, weil der Wunsch besteht, den Bericht der Geschäftskommission über den Antrag des Staatsanwalts, betr. die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Liebknecht sofort zu erledigen. Morgen (Freitag) steht zunächst der dringliche Antrag Schmidt-Gerber und Ehn, betreffend die Rechenschaft, in welcher die Initiativvorschläge zur Errichtung kommen sollen, zur Beratung. (Der Antrag geht an die Geschäftskommission); ferner die Budersteuerinterpellation Dr. Baasche-Friedberg und die Interpellation des Centrums, betreffend die Errichtung von Handwerkerkammern. Am Sonnabend soll die Angelegenheit Liebknecht zur Verhandlung kommen.

In der heutigen Plenarsitzung des Bundesrates wurde der Antrag des II. und IV. Ausschusses zu der Vorlage, betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Einziehung der für die Invaliditäts- und Alterversicherung der Seeleute zu entrichtenden Beiträge von der Tagesordnung abgezogen. — Dem Antrag des III. und IV. Ausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Änderung des Zolltarifs wurde die Zustimmung ertheilt.

Verbot des Wirthshausbesuches für Postbeamte. Der "Vorwärts" veröffentlicht Altenstücke, laut denen die Oberpostdirektion in Frankfurt am Main auf Anregung des dortigen Polizeipräsidiums den Postbeamten und Unterbeamten den Besuch derjenigen Wirtschaft in Bodenheim untersagt hat, in welcher kürzlich der sozialdemokratische Parteitag abgehalten wurde. Aus den Schriftstücken geht hervor, daß die Oberpostdirektion in Frankfurt am Main schon vorher eine Liste derjenigen Wirtschaften aufgestellt hat, deren Besuch den Postbeamten untersagt ist.

Die "Frank. Ztg." meldet aus München: Der Reichskanzler hat erklärt, daß er das Präsidium der nächstjährigen Versammlung bayerischer Landwirthe in Nürnberg beibehalten werde.

Italien.

W. B. Rom, 13. Dez. [Deputiertenkammer.] Im weiteren Verlaufe der Sitzung verliest der Berichterstatter Ciabrato unter großer Aufmerksamkeit des Hauses den Bericht der Fünfer-Kommission, aus welchem sich ergiebt, daß die Dokumente Giolittis in sechs Faszikel getheilt sind. Die vier ersten enthalten Abschriften von den bei der Banca Romana befindlichen gewissen Schriftstücken und Briefe, welche Bernard Tanlongo vom Gefängnis aus an Giolitti, den damaligen Ministerpräsidenten, gerichtet hat, sowie Noten über die Beaufsichtigung der Banca Romana und Briefe von Nicht-Politikern. Speziell in dem ersten Faszikel befinden sich Abschriften von Schriften, welche sich auf die Banca Romana beziehen und aus denen hervorgeht, daß sie von der Polizei von Rom angefertigt sind. Dem Vorlage der Kommission, alle diese Dokumente, mit Ausnahme derjenigen, welche sich auf Senatoren oder vorworbene Poststifter beziehen, zu veröffentlichen, stimmt die Kammer zu. Das fünfte Faszikel enthält Schriftstücke, welche sich auf die Verhandlungen beziehen, die ohne Wissen der Regierung im August und September 1892 zwischen der Banca Nazionale und der Banca Romana stattfanden. Bezüglich dieser Dokumente schlägt die Kommission vor, dieselben außer Betracht zu lassen. Die Kammer stimmt diesem Vorschlag zu. Das sechste Faszikel enthält einige Briefe an Crispi und dessen Gemahlin von durchaus privatem Charakter. Die Kommission beantragt einstimmig, dieselben den Beihälften zurückzustellen, da es sich um Briefe von ausschließlich privatem Interesse handle, die nichts mit Politik zu thun haben. (Vangabauender lebhafter Befall auf allen Bänken des Hauses und den Tribünen.) Der Antrag der Kommission wird von der Kammer angenommen. Der Bericht der Kommission schließt mit folgenden Worten: "Wir dulden nicht, daß auf die höchste Stelle in unserem Lande Tag für Tag ein Schatten des Zweifels geworfen werde (Gut, Bravo!). Wir dulden nicht, daß man uns vereinfame und das Parlament aufhöre die Hoffnung und das Vertrauen des italienischen Volkes zu sein." (Allgemeiner Befall). Die in den ersten vier Faszikeln enthaltenen Schriftstücke gelangen morgen zur Veröffentlichung.

Locales.

Posen, 14. Dezember.

* Zur glatten Abwicklung des Posthalterverkehrs während der Weihnachtszeit kann das Publikum selbst wesentlich beitragen. Die Einlieferung der Weihnachtspäckchen sollte nicht lediglich über vorwegend bis zu den Abendstunden verschoben, namentlich müsten Familiensendungen thunlichst an den Vormittagen aufgegeben werden. Selbstfrankirung der einzuliefernden Weihnachtspäckchen durch Postwerthäuschen sollte die Regel bilden. Mit seinem Bedarf an Postwertzeichen müßte sich ein Jeder schon vor dem 19. Dezember versehen. Seltungsbestellungen dürfen nicht in den Tagen vom 19. bis 24. Dezember bei den Postanstalten angebracht werden. Für die am Posthalter zu leistenden Zahlungen sollte der Aufseher das Geld abgezählt bereit halten. Die Verfolgung dieser Maßnahmen würde der Post und dem Publikum gleichmäßig zum Nutzen gereichen.

Personalnotiz. Postrat Thiele in Posen ist zum Oberpostdirektor ernannt worden.

* Intendanturbeamte. Seit dem Jahre 1872, in welchem die Ausnützung sämtlicher Corps-Intendanturen mit 5 Mitgliedern zum Abschluß gekommen war, hat bis zum Jahre 1893/94 eine Vermehrung der Stellen für höhere Intendanturbeamte, mit Ausnahme solcher, welche sich als notwendige Folge der Errichtung neuer, mit Intendanturen auszustattender Kommandobehörden (Generalkommandos, Divisionen) ergaben, nicht stattgefunden. Nachdem in dem Etat für 1893/94 eine Stellenvermehrung für die Intendanturen des 1., 3., 8., 11. und 17. Armeekorps vorgesehen ist, wird nunmehr für 5 weitere Intendanturen und zwar für diejenigen des Gardekorps, 4., 5., 6. und 14. Armeekorps, bei welchen die unzulängliche Ausstattung mit höheren Beamten besonders fühlbar hervortritt, eine 6. Mittagstedsstelle in Ansatz gebracht. Das außerdem hinzutretende Mitglied ist für die Stelle als Vorstand der neu zu errichtenden Intendantur für die Eisenbahntruppen, die Militärseebahnen und die Lustschiffserabteilung bestimmt.

* Pensionierte Offiziere bei den Bezirkskommandos. Die weitere Centralisierung des Wehrwesens erfordert die Anstellung von weiteren 30 pensionierten Offizieren, davon 15 als Vorstände von Wehrämtern. Zur theilweisen Deckung der Kosten wird die Bulage für 60 Kontrolloffiziere abgesetzt.

* Schneidemühler Geldlotterie. Wie uns aus Schneidemühle gemeldet wird, fiel in der gestrigen Vormittagsziehung der Schneidemühler Geldlotterie der zweite Hauptgewinn von 50 000 Mark auf Nr. 108 388, in der Nachmittagsziehung der erste Hauptgewinn von 100 000 Mark auf Nr. 50 540. (Ohne Gewähr.)

v. Repräsentanten-Wahlen. Für die hiesige Synagogengemeinde fand gestern die Wahl von 7 Repräsentanten und 5 Stellvertretern statt. Zu Repräsentanten wurden gewählt die Herren D. B. Cohn, Salomo Friedenthal, Gustav Krontal, Jacob Marcus, Kommerzienrat Misch, David Belzohm und Adolf Silberstein, zu Stellvertretern die Herren Elkan Aschheim, Julius Lazar, Naphtali Hamburger, Abraham Neumark und Hermann Wohlheim.

z. Ein mutmaßlicher Falschmünzer wurde gestern hier in der Person des Tischlers Martin Kunkel aus Berlin verhaftet. Derselbe führte zur Anfertigung von Gelbstücken geeignete Stempel bei sich, u. a. eine Platte, auf der die Form eines 50-Pfennigstückes eingraviert war.

z. Gestohlen wurde dem Bierverleger St. Brodowski vom Alten Markt in der Nacht vom 12. bis 13. d. M. ein zweirädriger Handwagen im Werthe von 36 M.

z. Eine Revision der Drogenhandlungen im ersten Polizeirevier wurde gestern durch den Kreisphysikus vorgenommen.

unruhen einen so bedenklichen Charakter an, daß das Militär konfiguriert wurde.

Dresden, 14. Dez. Das Urtheil des Schöffengerichts gegen den sozialdemokratischen Redakteur Gradauer wurde durch die Strafkammer von 10 auf 5 Monate herabgesetzt. Gradauer ist auf freien Fuß gesetzt.

Neustadt a. d. H., 14. Dez. In der Petroleum-Raffinerie Cobramstein zu Löbau fand eine Kessel-Explosion statt. Mehrere Arbeiter wurden verletzt. Die Fabrik steht in Flammen.

Pest, 14. Dez. Gestern Abend fanden anlässlich der Sanktion der kirchenpolitischen Gesetze große Manifestationen statt. 50 000 Menschen zogen vor den liberalen Klub, wo der Präsident der liberalen Partei unter begeisterten Eljenszenen den Dank für den Monarchen ausdrück gab.

Rom, 13. Dez. Heute Abend 1/2 Uhr hielt die Parlements-majorität unter Crispis Voritz eine Versammlung, bei welcher 180 Abgeordnete anwesend waren. Crispis ernannte mehrere Mitglieder der Majorität in das Direktionskomitee.

Rom, 14. Dez. Die "Tribuna" schreibt: Die Deputirten seien überrascht gewesen, daß unter den von Giolitti übergebenen Dokumenten sich auch Privatbriefe befunden hätten. Die Deputirten verurtheilen das auf das Strengste. Die höchste Überraschung aber habe es verursacht als man erfahren hatte, daß es sich nicht nur um Privatbriefe sondern um Briefe handle, welche Familienangelegenheiten betreffen und an einen Diener der Familie Crispis gerichtet gewesen waren. Es handelt sich um eine ganz unwichtige Correspondenz, die sich wahrscheinlich im Besitz der Familie dieses vor mehreren Jahren verstorbenen Dieners befunden hat.

Petersburg, 14. Dez. In der hiesigen Stiegglitzischen Bauwollspinnerei entstand gestern ein großer Brand, durch welchen beträchtlicher Materialschaden verursacht wurde. Mehrere Arbeiter, welche sich aus den oberen Etagen retten wollten, beschädigten sich erheblich.

London, 14. Dez. Unter der Eisenbahnbrücke bei Holvile wurde eine gespannte Bombe mit erschöpftem Sprengstoff gefunden. Der Thäter blieb unentdeckt.

St. John (Neufundland), 13. Dez. Nach einer "Reuter"-Meldung ist die Bildung des neuen Cabinets vollendet.

Der japanisch-chinesische Krieg.

London, 14. Dez. "Times"-Meldung aus Tientsin: Prinz Kung ist zum Präsidenten des großen Raths ernannt, wodurch er im wesentlichen eine Diktatorstellung gewinnt. Die Stellung Li-Hung-Tschangs bestätigt sich. Der Hof hält ihn für unentbehrlich.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1894.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter. Temp. Grad.
13. Nachm. 2	761,6	NW mäßig	bedeut
13. Abends 9	762,7	SW schwach	bedeut ¹⁾
14. Morgs. 7	763,5	SW mäßig	bedeut ²⁾
14. Abends schwacher Regen und Schnee.	7) Glattels Niederschlagshöhe in mm am 14. Dez. Morgens 7 Uhr: 0,7.	2) Glattels	
Am 13. Dez.	Wärme-Maximum + 0,2° Cel.		
Am 13.	Wärme-Minimum - 3,1°		

Fonds- und Produktien-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

Berlin, 13. Dez. [Zur Börse.] Die 40malige Überzeichnung der aufgelegten russischen Anleihe von 400 Mill. Fr., wie auch ein solcher Steg des russischen Kredits errungen sein mag, machte Eindruck und ließ keine Senkung der Tendenz zu. Noch manches Andere wurde für die Hebung der Stimmung herbeigeführt, als ein neues Geschäft der Kreditanstalt, wahrscheinlich wieder eine Beteiligung an einem industriellen Geschäft. Ferner wurde aus Wien von einer "leichten Nachversorgung" gemeldet. Zu bemerken ist, daß schon am Sonnabend wieder die Zeit der "Versorgung" herangegangen ist und, wie man sich scherzend hier ausdrückt, "ein neues Bild auf die Walze gelegt". Es wird sich dann wieder die Knappheit einstellen, die einen Satz von 15-18 Prozent bedingt. Wir sagten, daß alle dergleichen Meldungen keine Senkung der Tendenz zuließen. Eine Hebung derselben so kräftig, daß eine Regelmäßigkeit der Umsätze und eine wesentliche Hebung der Kurse sie begleitet, ist nicht zu konstatiren. Die Kurstätigkeiten auf dem Bantonmarkt, der am meisten in Betracht kam, waren mäßig, andere Gebiete lagen meistens still, überhaupt entwickelte sich der Verkehr nur innerhalb eines sehr beschränkten Kreises von Spekulanten. Auffallend war es, daß russische Anleihen eine Abschwächung, wenn auch nur eine geringe, erfuhren. Dagegen zeigte sich reges Interesse für italienische Rente und Mexikaner. Für diese wird angeführt, daß der Januarupon wahrscheinlich ohne Inanspruchnahme des Reservesfonds gezahlt werde. In schwächerer Haltung verkehrten dagegen Portugiesen auf Steigerung des Goldgros. in Lissabon. Der Montanaktienmarkt zeigte schwache Haltung. Auf den Kurs der Hüttenaktien drückten Meldungen über bevorstehende Arbeiterentlassungen in Rheinland-Westfalen, während Kohlenwerthe durch einen wahrscheinlich gewordenen Witterungswechsel beeinflußt wurden. Der Verkehr in beiderlei Werthen hielt sich aber in den engsten Grenzen. (N. 8.)

Bukarest, 13. Dez. Die Deputirtenkammer setzte gestern die Adressdebatte fort. Delavrancea beendete seine am Dienstag begonnene Rede, in welcher er gegen die konfervative Regierung auf den verschiedenen Gebieten Anklagen erhob. Action (kontraktiv) widerlegte wirklich die Behauptungen des Vorredners. In Betreff der Nationalitätenfrage bemerkte Action, in allen Ländern bildeten die Konservativen die Nationalpartei. Konservative wie Labour und Fürst Bismarck hätten die Einheit Italiens und des deutschen Reiches geschaffen. Die gegenwärtige europäische Lage gebiete Rumänen, in gutem Einvernehmen mit Ungarn zu leben. Es wäre Thorheit, den Bestand des rumänischen Staates preiszugeben und denselben in thörichte Abenteuer zu drängen. Die Politik Rumäniens müsse von dem Grundsatz der absoluten Neutralität geleitet sein. Dies sei die einzige weise Politik. Bezuglich der Studirenden, welche in der letzten Zeit Kundgebungen veranstalteten, sagte der Redner, er achtet die Studenten, welche wirklich studiren, er verabscheue aber die professionsmäßigen Lärmacher. Kundgebungen gegen ein befreundetes Land habe die Regierung nicht dulden können. (Besfall.)

Belgrad, 13. Dez. [Prozeß Tschebina b.] Der zweite Angeklagte Simeon Djakovitsch befreit, von der Verschwörung etwas gewußt zu haben.

Saint-John (Neufundland), 12. Dez. (Meldung des "Reuter"-Bureaus.) Das Cabinet hat dem Gouverneur seine

Demission überreicht, welche von diesem angenommen wurde.

In Folge der Zahlungseinstellung der Unionbank, welche die am 1. Januar fälligen Zinsen der neufundländischen Schuld bezahlen sollte, ist es notwendig geworden, die Zinsen auf andere Weise zu beschaffen.

Breslau, 13. Dez. (Schlußkurse.) Sich bestätigend.

Neue Zproz. Reichsanleihe 95,05 3/4, Zproz. L.-Pfandb. 101,30, Konso. Türk. 25,50, Türk. Boote 109,75, 4proz. ung. Golbrente 101,05, Bresl. Distrikthant 106,25, Breslauer Wechslerbank 103,10, Kreditaktien 238,00, Schles. Bankverein 117,25, Donnersmarckhütte 111,90, Fidther Maschinenbau —, Kattowitzer Altten-Gefellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 17,75, Oberschles. Eisenbahn 73,00,

Bond, 13. Dez. (Schlußkurse.) Ruhig.

Engl. 2 1/4-proz. Consols 102 1/16, Preuß. 4proz. Consols —, Italien. 5proz. Rente 86, Lombarden 9%, 4proz. 1889 Russen 11, Serie 102%, konv. Türk. 25%, österr. Silber. —, österr. Goldrente —, 4proz. ungar. Goldrente 101 1/4, 4prozent. Spanier 78 1/2, 3 1/2 proz. Egypter 100 1/4, 4proz. ungar. Egypter 102 1/2, 3 1/2 proz. Türk. 100 1/4, 4proz. Russen 100 1/4, 4proz. Ottomans 16 1/2, Canada Pacific 59 1/2, De Beers neue 18 1/2, Rio Tinto 14 1/2, 4proz. Rupees 55 1/2, Sicoz. fund. arg. 2. 71 1/2, 4proz. arg. Golbrente 68, 4 1/2 proz. öst. do. 41, 4proz. Reichsd. 94, Griech. 81er Anleihe 31 1/2, do. 87er Monopol-Anl. 33, 4proz. Griechen 1889er 26, Br. 81er Anl. 75 1/2, 4proz. Western de Min. 79 1/2, Blatzbistont 1/2, Silber 27 1/2.

Paris, 13. Dez. (Schlußkurse.) Matt.

Zproz. amortisi. Rente 100,77 1/2, Zproz. Rente 102,30, Italien 5proz. Rente 86,45, 4proz. ungar. Golbrente 101,68, III. Egypter-Anleihe —, 4proz. Russen 1889 101,75, 4proz. ungar. Orient

Telephonische Nachrichten

Eigener Fernsprechdienst der "Pol. Stg."

Berlin, 14. Dezember, Morgens.

In Stavenhagen fanden vier Kinder den Erdbebenstod bei einem durch Spielen mit Bündholzern entstandenen Feuer.

Die "Pol. Stg." meldet aus Pest: Nach Erledigung des Indemnitätsgesetzes durch das Oberhaus, wird Wekerle dem Kaiser die Demission des gesamten Cabinets unterbreiten. Wekerle will sich unter allen Umständen zurückziehen.

Das "B. T." meldet aus Rom, der berühmte Astronom Denza, Direktor der vatikanischen Sternwarte, wurde vom Schlag getroffen.

Nach der "Pol. Stg." nahmen in Turin die Studenten-

